

Wieder nahm er hervorragenden Anteil; er saß in der provvisorischen Regierung, wurde aber nach der Rückkehr des Fürsten nach Stambulow zündig, das heiliche Teidem für Alexander selbst zu feiern. Die Regenschaft schickte ihn nach Ticona, wo er sich durch Würderungen für Russland beweist. Die Anschläge der im Exil lebenden bulgarischen Geschwister standen an ihm einen eisigen Spott, was zuletzt die Regierung gegen ihn vorging, bis am 14. Februar d. J. die Besetzung die Justiz in die Hand nahm, um in der Kirche verhaftete und in ein Kloster gesetzte, was unter Bewachung der Gemeinde gestellt wurde. In Bulgarien läuft vorlängig seine Rolle aufgespielt sein; zum Auslande freilich wird er sicherlich weiter agieren.

Der „Polit. Correspondent“ wird aus Belgrad unter dem 24. Juli bestätigt, daß der kroatische Agitator Spalitsch Effenbi in Folge beiderlicher Weisung Belgrad verlassen möchte. Gleichzeitig wird festgestellt, daß der serbische Minister des Auswärtigen, Nicolitsch, beschlossen habe, etwaige Beziehungen zwischen der serbischen Regierung und den in Belgrad ansässigen bosnisch-bosnischen Emigranten abzubrechen. Der erwähnte Mohamed Spalitsch Effenbi war in Belgrad mehrere Tage hindurch von der Bevölkerung in feindseliger Weise gefeiert worden. Die Regierung spricht Schied bei aller Mittel auf, um diese Thatsache davonzutragen oder zumindest die offizielle Freiheit von dem ständigen Verdacht einer Billigung der Orationen für Szabóh reis zu machen; diese Freiheit war aber eine herzlich unabschöpfbare, da es sich um Vorgänge handelt, die auf der Straße oder doch von zahlreichen Zeugen beobachtet werden können. Der gefeierte Gott soll direkt in den Menschen, wo er sich durch eine schwungvoll betriebene antioesterreichische Agitation unumgänglich mache. Er sieht, wie man behauptet, nach Konstantinopel, um dem Sultan eine gebastelte, gegen die österreichische Verwaltung gerichtete Beweise, mehrere bosnische Moscheekasane zu überbringen. Diesen interessanten Falle wird nun in Belgrad in begeisterter Weise gehuldigt, und die serbische Regierung bekräftigte sich dabei auf die befehlende Rolle, daß sie immer wieder versuchen will, so sei ganz unabhängig von den beobachteten Demonstrationen. Wenn sie die letzteren so sehr beklagt, so war es um so unangenehmer, daß sie nicht schon lange dem wadens Effenbi den Rath ertheilt, den Aufenthalt in Belgrad abzufordern. Man wollte aber in Belgrad trotz aller „Legalität“ gegen Österreich die Sympathien der Bosnalen für Serbien doch von jedem Schaden befreien. . . . Dazu profitierte Herr Spalitsch und seine Freunde. Der Effenbi wurde bei der Auflösung einer großen Menschenmenge jubelnd begrüßt und zwar unter Bezeichnung der Studentenschaft, bewegenderen Politik und einzelner Würdenträger. Auch der frühere Staatsrat Milovan Janović erschien in der Menge. Der neuernannte Staatsrat Sotomir Nikolajevic ließ flugweise nachdrücklich verstehen, daß er nur jüngstes Zeuge des Empfangs war. Wenn Spalitsch die Straßen Belgrads betrat, war er seit der Gegenstand lebhafter Aufmerksamkeit. Er wohnte dem Imam von Belgrad und verhalfste in dem Hause dieses Beamten jeden Tag förmliche Empfänge, bei denen recht pianistische politische Auftritte über die Lage der Bewohner Bosniens und die Vereinigung aller Serben ohne Unterlaß des Bekanntnisses gehalten wurden. Nun endlich hat die serbische Regierung sich auf ihre internationale Pläne bekennt und den Geschwistern verlaßt, Serbien zu vereinen.

Deutschland.

■ Berlin, 21. Juli. Das Reich kennt formell ein Deficit in dem Staat nicht. Ein Fehlbetrag kann sich wohl bei dem Übergang der Finanzverwaltung am Jahresende nicht aber bei der Verantwoording des Beraths und des Bedarfsmittel in dem Reichskanzlerat bestand, wenn der nach den eigenen Einnahmen des Reichs nicht adrekte Betrag der dauernden Ausgaben und der einmaligen Ausgaben des ordentlichen Hauses einfach durch Matrikularamlagen bestimmt wird. In Wirklichkeit besteht aber ein verschleierter Deficit in Höhe des Matrikularaufwands. Denn diese sind fachlich nicht anders als die Ausgaben des Reiches an die Bundesstaaten, für die Deckung des Fehlbetrages, welcher dadurch entsteht, daß die eigenen Einnahmen des Reichs zur vollen Deckung seiner Ausgaben nicht ausreichen, zu sorgen. Die Ausgabenbestimmung ist daher, insoweit Matrikularamlagen aufgeschrieben werden, im Reiche getrennt von der Sage und der Verantwortung für die Ausbringung des Bedarfsmittel; diese lastet vielmehr auf anderen Schultern. In dieser Hinsicht ist die Deckung des Fehlbetrages im Reiche durch Matrikularamlagen vergleichbar mit der Gestaltung des Gleichgewichts zwischen ordentlichen Einnahmen und Ausgaben durch eine Kompromiss. In beiden Fällen werden Ausgaben bewilligt, für welche die Mittel aufzubringen man andern, dort der Aufwand, hier den Bundesstaaten überläßt. Auch darin gleichen sich beide Wahrnahmen, daß, wie die Gewohnetheit, zur Besteitung des ordentlichen Staatsbedarfs an den Credit zu appellieren, notwendig und erfahrungsgemäß zur Vorsicht in den

Umstellung der Ausgaben führt, auch die Möglichkeit, mit einem Rücksicht durch Erhöhung der Matrikularamlagen das Gleichgewicht in dem Reichskanzlerat bestreiten, zur Innehaltung strenger Sparfamilie bei der Gestaltung der Ausgaben nicht förderlich ist, vielleicht ihr jedoch entgegenwirkt. In beiden Fällen wird das unmittelbare Gefühl der Verantwortlichkeit für die Gestaltung von Mehrausgaben über die vorhandenen ordentlichen Einnahmen hinaus in der bedeutendsten Weise dadurch abgeschwächt, daß die Sage für deren Besteitungtheile den nachfolgenden Generationen, welche den Bundesstaaten zufällt. Kommt im Reich noch hinzu, daß eine minder strenge Ausfällung bereits der Höhe der Matrikularamlagen noch unterstützt wird durch die Erhöhung, die diese Erhöhung wenigstens höheren Ausgleich bald in den Überzeugungen von Söhnen und Neffen in der Bundesstaaten, so erhält, daß es in dem Reich an demjenigen Gelegenheit gegen eine allzu reichliche Ausbringung der Ausgaben, welche in der Notwendigkeit liegt, selbst für die entsprechenden Einnahmen zu sorgen, fehlt und daß es daher in der Finanzwirtschaft des Reichs an einer der schwierigsten Voraussetzungen für strenge Sparfamilie in den Ausgaben und somit auch für eine feste und dauernde sichere Ordnung der Finanzen gebracht.

■ Berlin, 24. Juli. Im Wahlkreis Alsfeld-Gauterbach hat bei der Nachwahl der nationalliberalen Kantonalen Antisemiten um einige Hundert Stimmen überwältigt noch den bisherigen Gewinner Professor Dr. Kauli von 3. Juli, nachdem dieser durch seine Uthaltung vom 14. Juli so überaus dankenswerth eingestuft wurde, daß er vollständig erledigt erachtet und nicht um so weniger bestimmt findet, berichtet nach einer weiten Reise zu gehen, die er bestimmt nicht auf die Erledigung der Nachwahl bestreift, sondern zu Studien und Rundreisen geleistet habe, welche die Erledigung des Universitätsseminars am Ende und deshalb noch 25. Juli die Nachwahl an die Studirenden der Landesschule vom 1. Oktober 1879 für die diesjährigen Einheiten der altenen Schulen erledete. Ein Nachwahler erhielt 100 Stimmen erhalten (am 15. Juni erhielt Bachaus 365), Zimmermann, der für Dresden angewandt hat, 381 Stimmen. Dagegen sind die freiwilligen Stimmen von 1734 auf rund 1500, die sozialdemokratischen von 539 auf rund 350 abgegangen. Die Entscheidung bei der damaligen Nachwahl stand der Hauptwahl doch man jetzt ein Zusammengenügen der Liberalen bei der Stichwahl mit größerer Sicherheit erwartet. Die Niederlage der Antisemiten wäre dann leicht zu beweisen.

■ Der Kaiser wird sit, wie die „P. P. A.“ vermutet, unmittelbar nach Schluß der Rundfahrt des 14. Julii-corps von Stuttgart zu den Mandaren in Ungarn begeben. Der beobachtete Jagdausflug nach Schweinfurt dürfte in den letzten Tagen des September erfolgen.

■ Fürst Bismarck, so schreibt die „P. P. A.“, wird im Laufe dieser Woche seine durch die Krankheit des Fürsten verzögerte Reise nach Riga beginnen. Es waltet wieder, wie in früheren Jahren, auf der oberen Elbe, wo während der Zeit seines etwa vierwöchigen Aufenthaltes eine besondere Post- und Telegraphendienst eingerichtet wird. Der Prinzregent von Bayern hat den Fürsten für die Dauer seines Rittes Autobahn Dolmagen und Hochschaarstadt wie früher zur Verfügung gestellt.

■ Finanzminister Dr. Miquel und der Vicepräsident des Staatsministeriums, Staatsminister Dr. Voigt, waren gestern Nachmittag beim Präsidenten des Staatsministeriums, Grafen zu Cullenburg, zu einer Besprechung vereint.

■ Von den Mitgliedern des Staat-Ministeriums hat der Handelsministerius, Dr. Leyden Berlin mit Ulrich verlobt und sich zunächst auf sein Gut Gaben beigegeben. Was der Sommerurlaub der anderen Staatsminister betrifft, so verläßt nach der Kreuzfahrt: folgendes: Der Präsident des Staatsministeriums, Minister des Juwars Groß zu Gahlenburg, trifft seinen Urlaub nach der Rückkehr des Unterkommissars Braunschweig an, welcher Regen am 15. d. M. auf Usedom beginnt und Mitte nächsten Monats wieder eintrifft. Der Vice-Praesident des Staatsministeriums, Staatsminister Dr. von Voigt, kommt, wie der Juwärtsche, Dr. von Schelling beginnen kann, Ulrich in dieser Woche. Er kehrt nach Kiel zurück, kehrt nach der Schule, der Minister der öffentlichen Arbeiten Thiel, sowie der Handelsminister Dr. Leyden, begleitet sich zu Anfang nächsten Monats auf Usedom, während Finanzminister Dr. Miquel bis Mitte August zur See nach Schweinfurt begibt. Der Reichsminister Dr. von Grotius, dessen Herren-Erlaubnis zu gewähren beginnt, soll er im Herbst auf Usedom, und zwar zur See nach Kiel.

■ Der höhere englische Gesandtschaft Dr. de Poer Brants, der als Gesandter von Werke geht, wird den englischen Botschafter in Madrid, Sir. de Merchant Gosse, zum Nachfolger erhalten.

■ Aus Handelskreisen sind an die Regierung in letzter Zeit Vorstellungen wegen des deutsch-spanischen Handelsvertrages gerichtet worden, unter Darlegung der erheblichen Schwierigkeiten, die dem deutschen Handel und der deutschen Industrie aus einem Scheiter des Vertrages erwachsen möchten. Den Befürwortern d. P. B. zufolge der Vertrag zu Theil geworden, daß von der deutschen Regierung nicht verwirkt werden sei, um den berechtigten Interessen des deutschen Handels und Gewerbetriebes, die hierbei in Betracht kommen, gerecht zu werden. Es hätten sich die Schwierigkeiten von spanischer Seite gerade in dem Anwendung erneuert, wo man sie überwinden zu haben wähnt.

■ So gegenwärtige Hoffnung verharrt, in absehbarer Zeit zu einem befriedigenden Ergebnis zu gelangen. ■ Eine Ausführungsanweisung zu den neuen Steuergesetzen wird, wie die „P. P. A.“ hören, in

Preußen zunächst nicht ergehen. Davor soll nichts weiter veröffentlicht werden, als die Zusammenstellung der Grundzüge des Gemeinabgabengesetzes, welche den Gemeinden, behörten Anhaltspunkte gibt, um die nächsten Beschlüsse vor dem Inkrafttreten dieses Gesetzes zu treffen. Dagegen werden schon jetzt die Materialien für die Veranlagung zur Ergänzung dieser beschafft.

■ Die geplante Reichs-Steuerverordnung rechnet auch, wie die „P. P. A.“ erfüllt, mit der Tilgung der Reichsschulden. Nach anderweitiger Mitteilung soll zur Staatsentlastung ein Betrag von 20 Millionen jährlich in Aussicht genommen werden.

■ Der Erlass vom 16. Juli, welchen der Cultusminister Dr. Basse von den Curator der Universität Marburg in der bekannten Studentenangelegenheit geprägt hat, lautet:

„Auf die geschäftigen Berichte vom 5. und 7. Juli d. J. erwidert ich den Zusatzbericht ganz erneut, daß ich die hauptsächliche Anstrengung gegen einen allzu reichlichen Betragung der Ausgaben, welches in der Notwendigkeit liegt, selbst für die entsprechenden Einnahmen zu sorgen, fehlt und daß es daher in der Finanzwirtschaft des Reichs an einer der schwierigsten Voraussetzungen für strenge Sparfamilie in den Ausgaben und somit auch für eine feste und dauernde sichere Ordnung der Finanzen gebracht.

■ Auf die geschäftigen Berichte vom 5. und 7. Juli d. J. erwidert ich den Zusatzbericht über gegenwärtige finanzielle Lage gegen den Gehobenen Wissenschaftsprofessor Dr. Kauli vom 3. Juli, nachdem dieser durch seine Uthaltung vom 14. Juli so überaus dankenswerth eingestuft wurde, daß er vollständig erledigt erachtet und nicht um so weniger bestimmt findet, berichtet nach einer weiten Reise zu gehen, die er bestimmt nicht auf die Erledigung der Nachwahl bestreift, sondern zu Studien und Rundreisen geleistet habe, welche die Erledigung des Universitätsseminars am Ende und deshalb noch 25. Juli die Nachwahl an die Studirenden der Landesschule vom 1. Oktober 1879 für die diesjährigen Einheiten der altenen Schulen erledete. Ein Nachwahler erhielt 100 Stimmen erhalten (am 15. Juni erhielt Bachaus 365), Zimmermann, der für Dresden angewandt hat, 381 Stimmen. Dagegen sind die freiwilligen Stimmen von 1734 auf rund 1500, die sozialdemokratischen von 539 auf rund 350 abgegangen. Die Entscheidung bei der damaligen Nachwahl stand der Hauptwahl doch man jetzt ein Zusammengenügen der Liberalen bei der Stichwahl mit größerer Sicherheit erwartet. Die Niederlage der Antisemiten wäre dann leicht zu beweisen.“

■ Inzwischen ist, wie wir mitgetheilt haben, die Angelegenheit endgültig beigelegt.

■ Der preußische Minister des Innern hat die Provinzialbehörden angewiesen, über geistliche Auswanderer, die sich verhältnisweise in das Land eingefügt haben, oldbald und den preußischen Staatsgebiet auszuweisen; die Auswanderung des Preßers, über die die Ausweitung zu bewirken ist, wird ebenfalls baldigst dahin erlassen müssen, wo die Ausweitung am sichersten und schnellsten verlaufen kann. Hier kommt in Betracht, daß die Weisung übernahme russischer Staatsangehöriger nach Russland, wenn sie keinen vorchristlichen Begriff besitzen, längst, meist sehr bald, unvermeidlich diplomatische Verhandlungen zu erfordern pflegt. Beijungen derartige russische Auswanderer die nötigen Mittel wird es häufig möglich sein, sie über Preußen, wo der „Reichsdeutsche Weg“ zu ihrer Verförderung nach Amerika im Zwischenland bereit ist, aus dem Staatsgebiet zu entfernen; die Auswanderung des Preßers, über die die Ausweitung am sichersten und schnellsten verlaufen kann, wird die Ausweitung am sichersten und schnellsten verhindert werden kann. Hier kommt in Betracht, daß die Weisung übernahme russischer Staatsangehöriger nach Russland, wenn sie keinen vorchristlichen Begriff besitzen, längst, meist sehr bald, unvermeidlich diplomatische Verhandlungen zu erfordern pflegt. Beijungen derartige russische Auswanderer die nötigen Mittel wird es häufig möglich sein, sie über Preußen, wo der „Reichsdeutsche Weg“ zu ihrer Verförderung nach Amerika im Zwischenland bereit ist, aus dem Staatsgebiet zu entfernen; die Auswanderung des Preßers, über die die Ausweitung am sichersten und schnellsten verlaufen kann, wird die Ausweitung am sichersten und schnellsten verhindert werden kann.“

■ Wien, 24. Juli. Kaiser Franz Josef hat die Preußische Reichsregierung bestimmt, daß der Wirtz des Reichs-Kriegsministers Dr. Bauer telegraphisch seine einzige Theilnahme an dem unerleglichen Verluste, den er selbst und die Armee erlitten habe, anzuschreiben. Auch von der Kaiserin und sämmtlichen Erzherzogen trafen Beileidskarten ein. Kaiser Wilhelm ließ der Familie des verstorbenen Reichs-Kriegsministers Dr. Bauer gleichfalls sein Beileid ausspielen.

■ P. P. A., 24. Juli. Wie hier bestimmt verlautet, sei der Hofmeister-Major Dr. Feuerkay an Stelle des verstorbenen Kriegsministers Bauer bereits zum Reichs-Kriegsminister bestimmt.

■ Wien, 25. Juli. (Telegramm.) In der Maschinenfabrik von Robicet sterben sämmtliche Arbeiter, weil die Arbeitsergebnisse der Fabrik ausfallen müssen.

■ Brüssel, 24. Juli. Die von Arbeitern veranstaltete Volksversammlung, welche ungefähr 10 000 Personen bewohnt, ist vollkommen ruhig verlaufen.

■ Heraeusstadt, 25. Juli. (Telegramm.) Die rumänische Konferenz nahm mit dem Berichte des 4. Aprils einstimmig unter künftiger Zustimmung eines von dem Außenminister unterzeichneten Vertrages eine Resolution an.

■ Sie für die Militärverträge in den Grenzen des österreichischen Reichs stimmen würden. Freilich — bündige Sicherung haben

Sie in dieser Beziehung nicht abgegeben, indessen haben Sie sich allerdings und ziemlich als Gegner der Vorlage bekannt. Die Bürger bei höchstem Contentionspunkt haben sich ebenfalls in dem Gegenstand in ungewöhnlicher Weise als Anhänger des Reichs eingestellt; vor allem aber, Herr Bismarck, haben Sie unserer Meinung abgewichen, wonach die Verträge durch einen Bündnisvertrag über gegenseitige Unterstützung und gegenseitige Befreiung ausgestaltet werden sollen.“

■ Herr Franz hat bestätigt, wegen des Märschauens, womit das ihm sein Wähler ertheilt habe, das Mandat niedergelegen.

■ Stuttgart, 24. Juli. Gegenüber den Meldungen verschiedener Blätter über Meldungen im Wandsberghaus des 13. und 14. Augusts steht der „Schwäbische Berlin“, daß bis jetzt keinerlei abändernde Bestimmung erfolgt.

■ Wien, 24. Juli. Am 25. Juli treten in Simbach, Berndorf, Eisenstadt, Neusiedl am See, der Schweiz, Frankreich, Belgien und Holland zu einer mehrtägigen Konferenz zusammen, die die künftige Beurteilung der internationalen Abrechnungsverträge zu prüfen.

■ Österreich-Ungarn, 24. Juli. Die künftige Beurteilung der internationalen Abrechnungsverträge zu prüfen.

■ Wien, 24. Juli. Kaiser Franz Josef hat die Wirtz des Reichs-Kriegsministers Dr. Bauer telegraphisch seine einzige Theilnahme an dem unerleglichen Verluste, den er selbst und die Armee erlitten habe, anzuschreiben. Auch von der Kaiserin und sämmtlichen Erzherzogen trafen Beileidskarten ein. Kaiser Wilhelm ließ der Familie des verstorbenen Reichs-Kriegsministers Dr. Bauer gleichfalls sein Beileid ausspielen.

■ P. P. A., 24. Juli. Wie hier bestimmt verlautet, sei der Hofmeister-Major Dr. Feuerkay an Stelle des verstorbenen Kriegsministers Bauer bereits zum Reichs-Kriegsminister bestimmt.

■ Wien, 25. Juli. (Telegramm.) In der Maschinenfabrik von Robicet sterben sämmtliche Arbeiter, weil die Arbeitsergebnisse der Fabrik ausfallen müssen.

■ Brüssel, 24. Juli. Die von Arbeitern veranstaltete Volksversammlung, welche ungefähr 10 000 Personen bewohnt, ist vollkommen ruhig verlaufen.

■ Heraeusstadt, 25. Juli. (Telegramm.) Die rumänische Konferenz nahm mit dem Berichte des 4. Aprils einstimmig unter künftiger Zustimmung eines von dem Außenminister unterzeichneten Vertrages eine Resolution an.

■ Graueich.

■ Für die vollständige Durchführung des neuen französischen Cadets-Gesetzes ist ein Zeitraum von zwei Jahren festgesetzt. Die Feldartillerie erhält durch die nunmehr angeordnete Reformierung der Marine-Artillerie in zwei Regimenten einen Zusatz von 7 Batterien, nämlich von 3 Jahren und 4 Gebirgsbatterien. Während bisher unter den 23 im Winterlande befindenden Batterien der Marine-Artillerie nur 3 Gebirgsbatterien sich befanden, wird diese Spezialtruppe künftig 6 haben, 4 Gebirgs- und 12 Fußbatterien.

■ Eine Verlängerung des Glacis-Hundsbauhofs vor der Stadt ist unerlässlich, um Siedlung zu nehmen.

■ Zum Volksgesetz-Oberst und Kommandeur der Berliner Schützenkompanie am Ende des verstorbenen Polizei-Oberst Paris, wie die „P. P. A.“ zu wissen glaubt, der Major Johann Grauer.

■ Eine Verlängerung des Glacis-Hundsbauhofs vor der Stadt ist unerlässlich, um Siedlung zu nehmen.

■ Zum Volksgesetz-Oberst und Kommandeur der Berliner Schützenkompanie am Ende des verstorbenen Polizei-Oberst Paris, wie die „P. P. A.“ zu wissen glaubt, der Major Johann Grauer.

■ Eine Verlängerung des Glacis-Hundsbauhofs vor der Stadt ist unerlässlich, um Siedlung zu nehmen.

■ Zum Volksgesetz-Oberst und Kommandeur der Berliner Schützenkompanie am Ende des verstorbenen Polizei-Oberst Paris, wie die „P. P. A.“ zu wissen glaubt, der Major Johann Grauer.

■ Eine Verlängerung des Glacis-Hundsbauhofs vor der Stadt ist unerlässlich, um Siedlung zu nehmen.

■ Zum Volksgesetz-Oberst und Kommandeur der Berliner Schützenkompanie am Ende des verstorbenen Polizei-Oberst Paris, wie die „P. P. A.“ zu wissen glaubt, der Major Johann Grauer.

■ Eine Verlängerung des Glacis-Hundsbauhofs vor der Stadt ist unerlässlich, um Siedlung zu nehmen.

■ Zum Volksgesetz-Oberst und Kommandeur der Berliner Schützenkompanie am Ende des verstorbenen Polizei-Oberst Paris, wie die „P. P. A.“ zu wissen glaubt, der Major Johann Grauer.

■ Eine Verlängerung des Glacis-Hundsbauhofs vor der Stadt ist unerlässlich, um Siedlung zu nehmen.

■ Zum Volksgesetz-Oberst und Kommandeur der Berliner Schützenkompanie am Ende des verstorbenen Polizei-Oberst Paris, wie die „P. P. A.“ zu wissen glaubt, der Major Johann Grauer.

■ Eine Verlängerung des Glacis-Hundsbauhofs vor der Stadt ist unerlässlich, um Siedlung zu nehmen.